

„Fürs Aufhören ist es zu früh“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold will 2013 noch einmal zur Wahl antreten

Regelmäßig zum Jahresbeginn, wenn das öffentliche Leben erst allmählich wieder Fahrt aufnimmt, lädt der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold die Presse im Kreis Esslingen zu einem Rück- und Ausblick auf seine politische Tätigkeit ein. Er werde bei der Bundestagswahl im Jahr 2013 wieder für die SPD ins Rennen gehen, sagte er gestern in Unterensingen.

VON VOLKER HAUSSMANN

Seit 1998 vertritt Rainer Arnold für die SPD den Wahlkreis Nürtingen im Bundestag. Seit 2002 ist der 61-Jährige, der in Wolfschlugen lebt, Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, seit 2004 ist er zudem Mitglied im SPD-Fraktionsvorstand.

Arnold blickte gestern auf ein, wie er sagte, „besonderes politisches Jahr“ zurück – und meinte damit die Landtagswahl in Baden-Württemberg. „Die Wahl hat die politische Landschaft in Baden-Württemberg umgepflügt. Die CDU in der Opposition, das hätte man sich doch niemals vorstellen können.“ Für ihn selbst hatte das Wahlergebnis auch Konsequenzen: Nachdem Walter Bauer den Einzug in den Landtag nicht geschafft hat, ist er der einzige SPD-Abgeordnete im Wahlkreis. „Das macht es mir nicht leichter“, kommentiert er diese Entwicklung.

Den Schwerpunkt seiner politischen Tätigkeit sieht er nach wie vor in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. „Das hat mich in hohem Maße gefordert, es hat aber auch Spaß gemacht.“ Ob er wohl mit Letzterem das Medienspektakel um den seine Doktorarbeit zum Teil abgeschriebenen Verteidigungsminister Guttenberg, der im März seinen Hut nahm, meine? „Ich weine dem Minister nicht nach“, sagte Arnold. Guttenbergs politisches Wirken sei mehr Schein als Sein gewesen. „Er lieferte substanzvoll nichts, kratzte nur an der Oberfläche.“ Anders dagegen Guttenbergs Nachfolger de Maizière. Der aber bewege sich beim Thema Umstrukturierung der Bundeswehr „auf einer Linie, die meine Arbeitsgruppe vor zwei Jahren schon aufgezeigt hat“, sagte Arnold. „Das macht es politisch nicht ganz einfach für mich.“

In seinem Wahlkreis sieht Arnold als Brennpunkt nach wie vor die nicht enden wollende Debatte um S 21. Den Volksentscheid – eine Idee der SPD – habe er für gut befunden. „Ich habe gehofft, dass die Menschen jetzt ihren Frieden machen. Es muss jetzt gut sein.“



Rainer Arnold: „Mein Wort hat Gewicht.“ wh

Detailfragen sieht er gleichwohl noch nicht endgültig geklärt, wie zum Beispiel die Wendlinger Kurve. Noch wichtiger ist ihm allerdings, dass die den Filderraum betreffende Planung noch überarbeitet wird. Zwar befürworte er grundsätzlich die Planung für S 21. Just für die Filder aber sei nur eine „Spar- und Billigversion“ vorgesehen. Arnold: „Die bisher vorgesehene Lösung darf und kann so nicht kommen. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Fehlpla-

nung verhindert wird.“ Es könne nicht sein, dass der auf den Fildern geplante Fernbahnhof 200 Meter vom bisherigen S-Bahnhof entfernt und in ziemlicher Tiefe entstehen soll. Das sei für Reisende, die umsteigen wollen, ein Hemmnis. „Wir brauchen den Fernbahnhof parallel und nah zum S-Bahnhof“, so Arnold, der außerdem eine Trassenführung entlang der A 8 befürwortet. „Das ist die beste, aber auch aufwendigste Lösung.“ Wenigstens solle die Planung so ausgerichtet werden, dass die Autobahn-Trasse zu einem späteren Zeitpunkt noch realisiert werden könne. Sollte es beim Verkehr auf der S-Bahn-Trasse bleiben, so Arnold, müsse Lärmschutz her. Die Kosten hierfür sollten dann aber mit denen für die Autobahn-Trasse gegengerechnet werden. In jedem Falle sollte die Planung auf den Fildern ein Muster für Transparenz und frühzeitige Bürgerbeteiligung werden, findet Arnold.

Arnold: Bürgerversicherung muss zentrales Thema werden

Bundespolitisch sind ihm Gesundheit und Pflege ein besonderes Anliegen. Das Thema Bürgerversicherung müsse ein zentrales Thema bei der kommenden Wahl werden, sagt Arnold. Um von einer – von vielen Kassenspatienten als solche empfundenen – Zwei-Klassen-Medizin wegzukommen, „brauchen wir ein System, bei dem alle gemeinsam in eine Versicherung einzahlen und alle Ärzte das Gleiche bekommen“.

Auch beim Thema Pflege habe die Bundesregierung die Probleme keineswegs gelöst. Als solche sieht Arnold die Unterfinanzierung der Pflegeversicherung und die zunehmende Zahl der Demenzzkranken. Bei Letzteren müsse das Verfahren der Einstufung geändert werden. „Mehr Geld für die Pflegeversicherung wird seinen Preis haben, auch für die Bürger“, so Arnold. Die SPD wolle die wachsenden Kosten im Pflegesektor auch aus allgemeinen Steuern finanzieren. Für Steuersenkungen sei deshalb kein Raum.

Die Bundestagswahl im Herbst 2013 wirft ihre Schatten voraus. Seine Partei, so Arnold, habe sich auf dem jüngsten Parteitag zwar „nicht neu positioniert“, aber „manches nachjustiert“. Seine Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter mache ihm nach wie vor viel Spaß. „Ich lerne jeden Tag dazu.“ Außerdem habe er den Eindruck, dass er politisch etwas bewegen kann. „Mein Wort hat Gewicht bei Themen wie Afghanistan oder Verteidigungspolitik.“ Außerdem, sagt er, „wäre es mir zu früh, schon aufzuhören“. Er werde sich also ein weiteres Mal zur Wahl stellen.